

Redeauszug

Abgeordnete Dr. Bergner, Bürger für Thüringen

a) Corona-Schutzmaßnahmen lebensnah ausgestalten - einrichtungsbezogene Impfpflicht aussetzen**Abgeordnete Dr. Bergner, Bürger für Thüringen (BfTh):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer, ich bin sehr froh, dass endlich Bewegung in dieses Thema „Einrichtungsbezogene Impfpflicht“ kommt. Es ist überfällig, zumal das Landratsamt Schmalkalden-Meiningen bereits begonnen hat, Bußgeldverfahren einzuleiten. Ich muss dazu sagen: Ich empfinde es dann schon als scheinheilig, wenn sich Herr Ramelow und Frau Werner dazu äußern, dass sie sagen, sie sind nicht für eine einrichtungsbezogene Impfpflicht und es nicht schaffen, hier im Land die Gesundheitsämter zur Zurückhaltung zu animieren,

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Sollen sie die Strukturen aussetzen?)

(Unruhe DIE LINKE)

sondern mit dieser Gewalt brutal durchzugreifen.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht behindert nicht nur Neueinstellungen – und das ist in diesem Antrag wirklich zu bemängeln –, sondern sie behindert auch die Ausbildung medizinischer Fachkräfte, denn ungeimpften Auszubildenden wird es aktuell verboten, ihre klinischen Praktika durchzuführen. Das sollte hier auch mit ermöglicht werden. Zur Wirksamkeit der Impfungen: Es ist ja ausführlich vom Herrn König beschrieben worden, dass die nicht das erreichen, was politisch versprochen worden ist. Hier möchte ich auch noch mal betonen, dass mir von Beratern der Landesregierung im September 2020 bekannt war, dass die Impfungen, wenn sie dann in den Markt kommen, eine maximale Wirksamkeitszeit von einem halben Jahr haben. Und da frage ich mich immer: Wo kamen dann die anderen Aussagen her, wie wirksam der Impfstoff sein sollte?

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: 2020 gab es noch gar keinen Impfstoff!)

Grundsätzlich fehlen mir in der Diskussion die Nebenwirkungen und die Folgen der Impfung, was hier überhaupt nicht zutage getreten ist. Deswegen möchte ich hier auf einen Vortrag hinweisen von Prof. Dr. Werner Bergholz, der zum Sachverständigenbeirat des Gesundheitsausschusses im Bundestag gehört und am 18.09. in Lahnstein einen Vortrag gehalten hat. Hier muss ich sagen: Ich habe vor ungefähr einem Jahr darauf hingewiesen, dass es eine Korrelation zwischen Übersterblichkeit und Impfquote in den Bundesländern gibt, und hatte gebeten, dort mal genauer nachzuhaken und das zu verfolgen. Hier im Land bin ich deswegen verspottet worden, aber zum Glück gab es Menschen, die sich dessen angenommen haben. In der Präsentation von Prof. Bergholz am 18.09. kommt er zu dem Ergebnis, indem die Daten weiter analysiert worden sind, dass die Gesamtsterbefallzahlen jetzt signifikant positiv mit der Impfquote korrelieren, und das in allen deutschen Bundesländern, aber auch EU-weit. Verblüffend ist dabei auch, entgegen der Erwartung, dass in den Bundesländern, in denen das Durchschnittsalter am höchsten und die Impfquote am niedrigsten ist, die Sterblichkeit am geringsten ausfällt.

Auch geht aus seinem Vortrag aus Erhebungen der Krankenkassen hervor, dass Geimpfte deutlich sehr viel häufiger erkranken als Ungeimpfte. Ich denke, das sollte uns in der Diskussion auch mal zu

denken geben. Mein Appell ist tatsächlich an alle Verantwortlichen: Schauen Sie doch ehrlich in den Spiegel, damit wir die besten Entscheidungen für das Land treffen können.

Wir werden dem Antrag zustimmen, denn es ist wichtig, dass wir für die letzten drei Monate hier eine Rechtssicherheit kriegen und unser Pflegepersonal nicht noch zusätzlichen psychischen Belastungen durch Bußgeldbescheide und Bußgeldverfahren auferlegen. Danke.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Energiearmut entgegenwirken – Notfallfonds für Thüringen

Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen Abgeordnete, liebe Zuhörer am Livestream, die derzeitige Situation auf dem Energiesektor, Gas eingeschlossen, ist nicht durch den Ukrainekrieg entstanden, sondern nur weiter verschärft worden. Ursache war der vor über zehn Jahren überstürzte und ohne Plan beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie mit gleichzeitigem Ausstieg aus der Kohleverstromung.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Fachleute haben vor der Situation, die wir jetzt haben, gewarnt, aber diese Stimmen sind ignoriert worden. Beide Energieerzeuger sind im Gegensatz zu den volatilen grundlastfähig – eine Voraussetzung für eine sichere Stromversorgung und Netzstabilität. Diese sollte dann durch die Stromproduktion mittels Gaskraftwerken ersetzt werden, die hauptsächlich mit dem Import von billigem russischen Erdgas betrieben werden. Das ist die Ausgangslage.

Ein paar Fakten zur aktuellen Situation, auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Deutschland war Ende 2021 der zweitgrößte Erdgasimporteure der Welt nach China, 55 Prozent der Gasimporte kamen aus Russland.

Nun kam mit dem Krieg in der Ukraine und der damit einhergehenden Sanktionspolitik gegen Russland der Import russischen Erdgases immer mehr zum Erliegen. Dies ist auch politisch gewollt, schließlich will man sich von den einseitigen Abhängigkeiten lösen. Allerdings, wie ich eben ausgeführt habe, haben wir diese Abhängigkeit in Deutschland selbst geschaffen. Ohne den überstürzten gleichzeitigen Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung gäbe es sie nicht. Und wie die hohen Strompreise beispielsweise zustande kommen – Stichwort „Merit-Order“ –, haben wir bereits ausführlich debattiert.

1.800 Stunden produzieren heute die etwa 30.000 Windräder durchschnittlich Strom pro Jahr. Ein Jahr hat aber 8.760 Stunden. Gaskraftwerke müssen also die restlichen 6.960 Stunden pro Jahr laufen, um allein die still stehenden Windräder zu ersetzen.

Doch was wir brauchen, ist keine Problemdiskussion, sondern Lösungen. Wir brauchen kurzfristige, mittelfristige und langfristige Pläne und Lösungen. Langfristig ist auch die Kohleverstromung weiter möglich. Es gibt zum Beispiel CO₂-freie Kohlekraftwerke, die sogenannten CCS-Kraftwerke. CCS steht für „carbon capture and storage“. Weltweit gibt es 17 laufende CCS-Projekte, in den USA, in Kanada, in Island, China und Indien. Die CCS-Anlage in Schwarze Pumpe in Deutschland wurde 2014 stillgelegt

und anschließend nach Kanada verkauft. Sie ist wegen der hohen Preise und CO₂-Zertifikate sogar wirtschaftlich. Synthetischer Kraftstoff, der in vorhandenen Verbrennungsmotoren genutzt werden kann und wo bei der Herstellung CO₂ in den Kreislauf gebracht wird, wird in Deutschland einfach ignoriert, stattdessen setzen wir auf E-Autos, wo wir sowieso Probleme haben, Strom zu erzeugen.

Als Letztes möchte ich auch noch mal dieses Stichwort „Neutrinovoltaic“ erwähnen.

Also: Lösungen für unser Problem gibt es genug. Ich finde es immer schade, dass aus ideologischen Gründen Lösungen versperrt werden.

Abgeordnete Dr. Bergner, Gruppe der BfTh:

Nein. – Kurzfristige Lösungen sind in den letzten Tagen viele geäußert worden. Es geht jetzt vor allem darum, den Menschen im Land bezahlbare Energie zu liefern, damit hier nicht buchstäblich die Lichter ausgehen. Dabei nützt es kaum etwas, wenn erst über Umlagen und Steuern den Unternehmen und Verbrauchern das Geld aus der Tasche gezogen wird, um dann anschließend teilweise wieder Almosen auszuteilen. Mit einer sofortigen Streichung von Steuern und Abgaben auf Energie und dem Ende von „Merit Order“, dem vorbehaltlosen Weiterbetrieb der Kern- und Kohlekraftwerke und damit den Einsatz von Gas nur noch für Zwecke, für die es keine kurzfristigen Alternativen gibt, würden Strom- und Gaspreise sofort und nachhaltig sinken.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Dies muss die Thüringer Landesregierung über den Bundesrat auf den Weg bringen.

Und jetzt noch mal zu dem Antrag von Rot-Rot-Grün: Es ist das Recht der Bürger im Land, eine stabile und bezahlbare Energieversorgung zu erhalten und nicht einen Akt der Gnade. Und was den Menschen erst weggenommen wird durch sinnbefreite Steuern und Abgaben, muss man ihnen dann hinterher nicht gnädigerweise zur Abmilderung Ihrer durch die Politik selbst erzeugten Notlage zurückgeben. Mit Verlaub: Eine Ausweitung von Beratung, wie im Antrag gefordert, ist doch der blanke Hohn für die Menschen, denen die Gas- und Strompreise die Existenz kosten. Worüber sollen sie sich beraten lassen? Wie sie mit Decken und warmer Kleidung in der kalten Wohnung nicht erfrieren oder vielleicht – wie von dem Grünen-Ministerpräsidenten belehrend dargestellt – im richtigen Gebrauch mit Waschlappen? Wollen wir die Menschen im Land verhöhnen? Und ich sage: Die Steuerzahler, die die Quelle zur Speisung unserer Landes- und Bundeshaushalte sind, müssen es sich einfach leisten können, ihre Wohnungen und ihre Häuser zu heizen und Strom zu kaufen, der bezahlbar ist.

(Beifall Gruppe der BfTh)

Hier sage ich, wir brauchen keine bürokratischen Monster, dass das möglich ist. Wir brauchen dringend einen Strompreisdeckel oder Energiepreisdeckel, der finanziert wird aus den Steuerermehreinnahmen und durch die Streichung von Projekten im Haushalt, die heute nicht nötig sind. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BfTh)